

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Februar 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kuba über die Seeschifffahrt

A. Zielsetzung

Die von Kuba betriebene Politik der Wirtschaftsliberalisierung und Marktöffnung wird sich für wirtschaftliche Entwicklung positiv auswirken. Diese Politik sollte weiter gefördert werden.

Das Schiffsabkommen ist eine gute Basis zur Vertiefung und Ausweitung insbesondere aber auch für den Ausbau beziehungsweise die Konkretisierung wirtschaftlicher Kontakte nicht nur für deutsche Schiffsverkehrsunternehmen, sondern auch für die deutsche Schiffsklassifikationsgesellschaft und Hafenconsultingfirmen.

B. Lösung

Mit dem am 29. Februar 1996 unterzeichneten Abkommen werden die für den Seeverkehr zwischen beiden Ländern notwendigen ordnungspolitischen und technischen Regelungen auf der Grundlage der Dienstleistungsfreiheit und der Inländergleichbehandlung geschaffen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Es entstehen keine Kosten.

Das Gesetz wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen durch Seeschiffsverkehrsunternehmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt regelt – nicht aber deren Höhe.

E. Sonstige Kosten (z. B. Kosten für Wirtschaft, Kosten für soziale Sicherungssysteme)

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 26/97

Bonn, den 8. Oktober 1997

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Februar 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kuba über die Seeschifffahrt mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 716. Sitzung am 26. September 1997 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf
Gesetz
zu dem Abkommen vom 29. Februar 1996
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kuba
über die Seeschifffahrt

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Havanna am 29. Februar 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kuba über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 3 des Abkommens auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Das Gesetz wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen neben Fragen technischer Art und Abwicklung und Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf Grundlage der Gegenseitigkeit, nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen durch Seeschiffsunternehmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt regelt, nicht aber deren Höhe.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kuba
über die Seeschifffahrt

Convenio
entre el Gobierno de la República de Cuba
y el Gobierno de la República Federal de Alemania
sobre transporte marítimo

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Kuba –

El Gobierno de la República de Cuba

y

el Gobierno de la República Federal de Alemania;

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiff-fahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kuba, die sich auf das beiderseitige Interesse dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu gewährleisten und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeichnet

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Republik Kuba das Transportministerium und die ihm nachgeordneten Institutionen;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und nach ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischerfahrzeuge. Als „Schiff einer Vertragspartei“ gilt auch jedes Schiff unter der Flagge eines Drittstaats, das von einem Seeschiffsverkehrsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffsverkehrsunternehmen einer Vertragspartei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffsverkehrsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede weitere Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

Artikel 2

Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, den Seeverkehr zwischen ihren beiden Ländern über den Einsatz von Schiffen der Vertragsparteien abzuwickeln, ohne daß dadurch das Recht von Schiffen unter der Flagge eines Drittstaats auf Beteiligung an diesem Verkehr eingeschränkt wird.

Deseosos de promover el desarrollo armonioso de las relaciones marítimas entre ambos países sobre la base de los intereses recíprocos y de la libertad del comercio internacional, y de impulsar lo más posible la cooperación internacional en esta esfera;

Conscientes de que el intercambio bilateral de mercancías entre sus dos países deberá acompañarse de un eficaz intercambio de servicios;

Han convenido lo siguiente:

Artículo I

Definiciones

A los efectos del presente Convenio, el término

1. “Autoridad marítima competente” significa:
 - a) en la República de Cuba el Ministerio del Transporte y las entidades que se le subordinan.
 - b) en la República Federal de Alemania, el Ministerio Federal de Transportes y sus autoridades subordinadas.
2. “Buques de las Partes” son todos los buques que enarbolan el pabellón de una de las Partes Contratantes y estén registrados según sus leyes y en sus puertos. Esta definición no se extiende a los buques de guerra ni de pesca. Los buques que enarbolan el pabellón de un tercer Estado y estén contratados por una empresa naviera de una de las Partes Contratantes se considerarán también como buques de las Partes.
3. “Compañía naviera de una Parte Contratante” significa una empresa de transporte que emplea buques para la navegación, está radicada en el territorio de esa Parte Contratante y que, de acuerdo a las disposiciones legales de la misma, está reconocida como “empresa naviera”.
4. “Tripulante” significa el capitán y toda persona que durante la travesía desempeñe tareas o preste servicios a bordo del buque y cuyo nombre aparezca en el rol de tripulantes.

Artículo II

Libertad del Tráfico

1. Las Partes Contratantes acuerdan desarrollar el tráfico marítimo entre ambos países mediante la utilización de los buques de las Partes, sin que ello limite el derecho de los buques que enarbolan terceros pabellones a participar en dicho tráfico.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen dem dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittstaaten zu befördern.

(3) Seeschiffsverkehrsunternehmen aus Drittstaaten sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Güter beteiligen. Die von Seeschiffsverkehrsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen läßt die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben, unter anderem die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union ergeben, unberührt.

(2) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, insbesondere die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über die Sicherheit in der Seeschifffahrt und über den Schutz der Meeresumwelt nach ihren Möglichkeiten zu ratifizieren.

Artikel 4

Nichtdiskriminierung von Seeschiffsverkehrsunternehmen

Jede Vertragspartei unterläßt im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffsverkehrsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Wahl eines Seeschiffsverkehrsunternehmens entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5

Regelungen betreffend Häfen und Hoheitsgewässer

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterstehenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu den Häfen, während des Aufenthalts in den Häfen und beim Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffsverkehrsunternehmen beider Vertragsparteien auf Niederlassung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei. Die Zulassung und der Umfang ihrer Tätigkeit bestimmt sich nach den im Hoheitsgebiet der Vertragspartei der Niederlassung geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften.

Artikel 6

Geldüberweisungen

Jede Vertragspartei räumt den Seeschiffsverkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht ein, jede Einnahme aus den im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei erbrachten Seeverkehrsleistungen für Zahlungen zu verwenden, die im Zusammenhang mit den Seeverkehrsaktivitäten stehen, oder aber die Einkünfte in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer soll auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der schnellstmöglichen Frist vorgenommen werden.

2. Los buques de cada Parte Contratante estarán autorizados a navegar entre los puertos de ambas Partes que estén abiertos al comercio marítimo internacional, a fin de transportar mercancías y pasajeros entre esos puertos, así como entre esos puertos y los puertos de terceros países.

3. Las empresas navieras registradas en un tercer Estado y los buques que enarbolan el pabellón de un tercer Estado podrán participar, sin restricción alguna, en el transporte de mercancías intercambiadas en el comercio bilateral de las Partes Contratantes. Los buques fletados por empresas navieras de cualquiera de las Partes Contratantes disfrutarán de los mismos beneficios que tendrían si navegasen bajo el pabellón de una de las Partes Contratantes.

Artículo III

Compromisos internacionales

1. El presente Acuerdo no afectará ningún compromiso derivado de otros acuerdos internacionales que cualquiera de las Partes haya firmado, entre ellos los derivados de la pertenencia de la República Federal de Alemania a la Unión Europea.

2. Ambas Partes Contratantes se esforzarán en ratificar, según sus posibilidades, los convenios internacionales pertinentes en materia de seguridad marítima, protección del medio marino y otros.

Artículo IV

No discriminación de las Empresas Navieras

Cada Parte Contratante se abstendrá de practicar medidas discriminatorias en el tráfico marítimo internacional que pudieran ocasionar perjuicios a los intereses marítimos de la otra Parte o que pudieran afectar de forma adversa la libre selección de las empresas navieras, en contra de los principios de la libre competencia.

Artículo V

Regulaciones Legales en los Puertos y Aguas Jurisdiccionales

1. En condiciones de reciprocidad, cada Parte Contratante concederá a los buques de la otra Parte el mismo tratamiento en sus puertos y aguas jurisdiccionales que el ofrecido a sus propios buques que operan en el tráfico internacional, especialmente en lo que respecta a la entrada, permanencia y salida de los puertos, al uso de las instalaciones portuarias para el transporte de mercancías y pasajeros, así como en lo que respecta a todos los servicios y otras facilidades.

2. La reciprocidad mencionada en el párrafo anterior se extiende también al derecho de las empresas navieras de ambas Partes Contratantes a establecer una representación en el territorio de la otra Parte. Su admisión y el alcance de su actividad se determina según las leyes y demás disposiciones vigentes en el territorio de la Parte Contratante donde se establezca la representación.

Artículo VI

Transferencia de fondos

Cada Parte Contratante concederá a las empresas navieras de la otra Parte el derecho de utilizar cualquier ingreso proveniente de los servicios marítimos brindados en el territorio de la primera Parte Contratante para los pagos relacionados con actividades marítimas o bien de transferir los ingresos al extranjero en moneda convertible sobre la base de la tasa oficial de cambio y dentro del plazo de tiempo más breve posible.

Artikel 7**Vom Anwendungsbereich dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche**

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- a) das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffs- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschiffen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- b) die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- c) Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- d) Meeresforschungsaktivitäten;
- e) das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8**Beachtung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet**

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie die Schiffe der Seeschiffsverkehrsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften. Dies gilt insbesondere für die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(2) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie die Einfuhr, die Ausfuhr und die Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgang, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne einhalten.

Artikel 9**Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs**

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener Einrichtungseinrichtungen zu erleichtern.

Artikel 10**Gegenseitige Anerkennung von Meßbriefen und sonstigen Schiffspapieren**

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkommen ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Schiffe, die einen gültigen amtlich ausgestellten internationalen Meßbrief einer Vertragspartei vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafenabgabe werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artículo VII**Extensiones del Convenio**

El presente Convenio no afectará las disposiciones legales vigentes de cada Parte Contratante sobre:

- a) el privilegio del pabellón nacional relacionado con la navegación de cabotaje, salvamento, remolque, practica y otros servicios que están reservados para las empresas navieras nacionales de la Parte Contratante, así como a otras empresas y a sus ciudadanos; no obstante, no se considerará cabotaje la navegación de un buque de una Parte Contratante entre puertos de la otra Parte, con el objetivo de descargar mercancías y desembarcar pasajeros tomados en un tercer país o de cargar mercancías y embarcar pasajeros para transportarlos hacia un tercer país;
- b) la obligación de llevar práctico a bordo;
- c) buques que realicen funciones de servicio público;
- d) las actividades de investigación marina;
- e) el privilegio de realizar levantamientos hidrográficos en las aguas jurisdiccionales.

Artículo VIII**Cumplimiento de las normas legales en las aguas jurisdiccionales de la otra Parte Contratante**

1. Los buques de cada Parte Contratante, así como los buques de sus empresas navieras estarán sujetos a las leyes y disposiciones legales en vigor de la otra Parte Contratante mientras permanezcan en su territorio. Esto se aplica especialmente a las leyes y demás disposiciones legales en materia de entrada y salida del territorio de la mencionada Parte de los buques empleados en el tráfico marítimo internacional y con la explotación y navegación de tales buques.

2. Los pasajeros, tripulantes de los buques y los expedidores de carga estarán obligados a observar las leyes y demás disposiciones legales vigentes en el territorio de cualquiera de las Partes Contratantes con respecto a la entrada, permanencia y partida de pasajeros y tripulantes, la importación, exportación y almacenamiento de mercancías, especialmente lo dispuesto para los permisos en tierra, la inmigración, la aduana, los impuestos y la cuarentena.

Artículo IX**Medidas para facilitar el tráfico marítimo**

De acuerdo con sus leyes y normas portuarias, las Partes Contratantes tomarán todas las medidas necesarias para facilitar y fomentar las transportaciones, evitar la prolongación innecesaria de los tiempos de estadía y agilizar y simplificar, de ser posible, los trámites de aduana y demás formalidades que deben observarse en los puertos, así como facilitar el uso de las instalaciones portuarias.

Artículo X**Reconocimiento mutuo de los certificados de arqueo y otros documentos del buque**

1. Los documentos de los buques expedidos o reconocidos por una Parte Contratante, de conformidad con los convenios internacionales vigentes que se encuentren a bordo de un buque de dicha Parte, serán reconocidos asimismo por la otra Parte Contratante.

2. Los buques en posesión de un certificado de arqueo internacional, válido y expedido oficialmente por una Parte Contratante, estarán exentos de un nuevo arqueo en los puertos de la otra Parte. El cálculo de las tasas portuarias y de navegación se efectuará sobre la base de dicha documentación.

Artikel 11**Reisedokumente für Besatzungsmitglieder**

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtbuch und für die Republik Kuba der Seemannspaß.

(3) Für Besatzungsmitglieder aus Drittländern, die an Bord von Schiffen jeder Vertragspartei arbeiten, werden als Reisedokumente die von zuständigen Behörden der Drittländer ausgestellten betreffenden Dokumente anerkannt, sofern sie den innerstaatlichen Vorschriften der jeweiligen Vertragspartei für die Anerkennung als Paß oder Paßersatzpapier genügen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur formlosen Rückübernahme von Besatzungsmitgliedern, die mit einem von ihnen ausgestellten Reisedokument im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind.

(5) Die von einer Vertragspartei nach Inkrafttreten dieses Vertrages eingeführten Reisedokumente für Besatzungsmitglieder werden von der anderen Vertragspartei durch Notifikation anerkannt, sofern sie den internationalen Anforderungen für die Anerkennung als Reisedokumente genügen.

Artikel 12**Einreise, Durchreise und Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern**

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafenorts aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Republik Kuba ein Landgangsausweis.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf unter Beachtung der im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimschaffung;
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund.

(3) Eine gegebenenfalls erforderliche Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(5) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

Artículo XI**Documentos de viaje de los tripulantes**

1. Cada Parte Contratante reconocerá los documentos de viaje expedidos por las autoridades competentes de la otra Parte y concederán a los portadores de esos documentos los derechos previstos en el artículo 12 del presente Convenio.

2. Los documentos de viaje serán:

- en relación con la República de Cuba: el pasaporte del marino.
- en relación con la República Federal de Alemania: el pasaporte o el libro del marino.

3. En el caso de los tripulantes de terceros Estados que trabajen a bordo de buques de las Partes Contratantes, se reconocerán como documento de viaje, aquellos expedidos por las autoridades competentes de ese tercer Estado de que se trate, siempre y cuando cumplan las disposiciones de la Parte en cuestión a efectos de su reconocimiento como pasaportes o documentos sustitutivos de pasaportes.

4. Las Partes Contratantes se comprometen a readmitir sin formalidades a aquellos tripulantes que hayan entrado al territorio de la otra Parte provistos de un documento de viaje, expedido de conformidad con el párrafo 1 del presente artículo.

5. Los documentos de viaje de los tripulantes, introducidos por una de las Partes Contratantes con posterioridad a la entrada en vigor del presente Convenio, serán reconocidos por la otra Parte, mediante notificación, siempre y cuando los mismos cumplan con los requisitos establecidos internacionalmente para ellos.

Artículo XII**Entrada, tránsito y estancia de los tripulantes**

1. Cada Parte Contratante permitirá a los tripulantes de un buque de la otra Parte que sean portadores de uno de los documentos de viaje especificados en el artículo 11 del presente Convenio, bajar a tierra y permanecer en la ciudad portuaria durante la estancia del buque en uno de sus puertos sin requerir el permiso de estancia previo a la entrada (visa) de acuerdo a las leyes y demás disposiciones vigentes en el país de estancia. En estos casos se requerirá:

- en la República de Cuba un permiso en tierra
- en la República Federal de Alemania un permiso en tierra.

2. Todo tripulante que esté en posesión de uno de los documentos de viaje especificados en el artículo 11 del presente Convenio, estará autorizado a recorrer en tránsito el territorio de la otra Parte Contratante, de acuerdo con las disposiciones vigentes en la misma en materia de entrada, permanencia y salida:

- a efectos de su repatriación;
- para subir a bordo de su buque o de otro buque, o
- por cualquier otra razón fundada que estimen las autoridades competentes de la otra Parte Contratante.

3. En caso de ser necesario un permiso de estancia antes del viaje (visa), éste deberá otorgarse en el plazo de tiempo más breve posible.

4. Las autoridades competentes de cada Parte Contratante permitirán que un tripulante que haya sido hospitalizado en el territorio de la otra Parte permanezca en el mismo el tiempo necesario para su tratamiento.

5. Ambas Partes Contratantes se reservan el derecho a rechazar la entrada de personas indeseables a sus respectivos territorios, aún cuando esas personas porten documentos de viaje de conformidad con el artículo 11 del presente Convenio.

(6) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(7) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Wenn ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Unfall erleidet, bei dem es sinkt oder sonst zu Schaden kommt, gewähren die Behörden der anderen Vertragspartei den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Absatz 1 genannten Vorkommnisse werden von den dazu befugten Behörden jeder Vertragspartei untersucht. Die Untersuchungsergebnisse werden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt. Das Eigentum an Schiff und Ladung bleibt unberührt; dies gilt auch, wenn die zuständigen Behörden die Entfernung von Schiff und Ladung verfügen.

(2) Jede Vertragspartei sieht, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrabgaben einschließlich Verbrauchssteuern ab, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden. Die zuständige Zollstelle ist unverzüglich von dem Unfall zu unterrichten; die Voraussetzungen für die einfuhrabgabenfreie vorübergehende Verwahrung der Waren sind abzusprechen.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

Gemischter Seeschiffahrtsausschuß und Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird ein Gemischter Seeschiffahrtsausschuß gebildet, der aus den Vertretern der zuständigen Seeschiffahrtsbehörden und den von den Vertragsparteien benannten Sachverständigen besteht.

(2) Dieser Ausschuß behandelt Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit:

- der Gewährleistung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien auf dem Gebiet der Seeschifffahrt;
- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien beschäftigt sind;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Der Gemischte Seeschiffahrtsausschuß tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

6. El personal de misiones diplomáticas y de las oficinas consulares de una Parte Contratante, así como los tripulantes de los buques de esta Parte, estarán autorizados a establecer contactos entre ellos y a reunirse, observando las leyes y demás disposiciones legales vigentes en el país de estancia.

7. Sin perjuicio de las disposiciones precedentes, las normas vigentes de las Partes Contratantes en materia de entrada, estancia y salida de extranjeros permanecerán inalterables.

Artículo XIII

Accidentes en el mar

1. Si un buque de una de las Partes Contratantes sufre un accidente en aguas jurisdiccionales de la otra Parte, y como resultado del cual se hunda o sufra otros daños, las autoridades de la otra Parte prestarán a los tripulantes, pasajeros, al propio buque y a su carga la misma protección y socorro que a los buques con pabellón de su país.

Los accidentes a que se refiere el párrafo 1, serán investigados por las autoridades competentes de cada Parte. Los resultados de la investigación realizada, se comunicarán lo antes posible a la otra Parte Contratante.

El derecho de propiedad sobre el buque y la carga quedará a salvo incluso en el supuesto de que las autoridades competentes dispongan la remoción del buque y la carga.

2. Las Partes Contratantes no recaudarán los derechos de entrada, impuestos u otros derechos sobre la carga, los equipos, materiales, provisiones u otras pertenencias, en caso de un buque que haya sufrido un accidente o avería, a menos que estos artículos se utilicen o sean entregados al consumo en el territorio de la otra Parte Contratante. Se informará inmediatamente a las autoridades aduanales correspondientes sobre el accidente. Las condiciones de almacenaje provisional de las mercancías libre de derechos de entrada serán acordadas.

3. Lo dispuesto en el párrafo dos (2) no obstaculizará la aplicación de las leyes y demás disposiciones legales de las Partes Contratantes en materia de almacenamiento temporal de mercancías.

Artículo XIV

Comisión Marítima Mixta y Consultas

1. A los efectos de garantizar la aplicación eficaz del presente Convenio, se establecerá una Comisión Marítima Mixta compuesta por representantes de las administraciones marítimas y los expertos designados por las Partes Contratantes.

2. La Comisión analizará todas las cuestiones de común interés para ambas Partes, en particular las relacionadas con:

- la garantía de cooperación entre las Partes Contratantes en la esfera del transporte marítimo;
- las actividades de las empresas navieras y los buques de cada Parte Contratante que se empleen en el tráfico marítimo entre los territorios de las Partes Contratantes;
- la observancia de todas las condiciones correspondientes a la correcta ejecución del tráfico marítimo por parte de las empresas navieras de cada Parte Contratante;
- consultas bilaterales entre las empresas navieras y las autoridades marítimas de las Partes Contratantes;
- la solución amigable de discrepancias incluidas aquellas que surjan de la interpretación del presente Convenio.

3. La Comisión Marítima Mixta se reunirá a solicitud de una de las Partes a más tardar tres meses después de presentada la misma.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Einrichtungen beider Länder, alle nur möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung von Fachleuten und in technischen Fragen, wie

- der Schiffsicherheit,
 - des maritimen Umweltschutzes,
 - der Klassifikation,
 - der Technologie des Warenumschlages,
 - der Seezeichen, der Seekarten und der Navigationshilfen,
 - anderer Projekte, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Erhöhung der Effizienz der Häfen stehen,
- zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Artikel 17

Geltungsdauer

Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Danach verlängert es sich stillschweigend um jeweils ein weiteres Jahr.

Artikel 18

Kündigung

Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird 6 Monate nach Eingang der Notifikation bei der anderen Vertragspartei wirksam.

Geschehen zu Havanna am 29. Februar 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

4. Las Partes Contratantes se comprometen a observar los principios de beneficio mutuo y de tratamiento no discriminatorio de las empresas y buques de cada Parte Contratante.

Artículo XV

Colaboración técnica

Las Partes Contratantes alentarán a los armadores y a las instituciones de cada país que estén relacionadas con el tráfico marítimo a buscar y desarrollar todas las formas de colaboración posibles, especialmente en lo relativo al adiestramiento de expertos y a cuestiones técnicas, tales como:

- seguridad marítima;
- protección del medio marino;
- actividades de clasificación;
- tecnología de trasbordo de carga;
- cartografía, señalización marítima y ayuda a la navegación;
- otros proyectos que redunden directamente en la elevación de la eficiencia marítimo-portuaria.

Artículo XVI

Entrada en vigor

El presente Convenio entrará en vigor en la fecha que ambas Partes Contratantes se notifiquen mutuamente que se han cumplido los requisitos internos en sus países para ello. La fecha de recepción de la última de las dos notificaciones se considerará como la fecha oficial de entrada en vigor de este Convenio.

Artículo XVII

Vigencia del Convenio

El presente Convenio se concierta por un período de cinco (5) años. Se prorrogará tácitamente por períodos sucesivos de un año.

Artículo XVIII

Denuncia del Convenio

El presente Convenio podrá ser denunciado mediante notificación escrita por cualquiera de las Partes, la que surtirá efecto transcurridos seis meses a partir de la fecha en que sea recibida por la otra Parte.

Dado en La Habana, a 29 de febrero de 1996, en dos ejemplares en idioma español y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Por el Gobierno de la República de Alemania
Dr. Georg Trefftz

Für die Regierung der Republik Kuba
Por el Gobierno de la República de Cuba
Joaquín Benavides Rodríguez

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kuba über die Seeschifffahrt ist am 29. Februar 1996 in Havanna unterzeichnet worden. Es beruht auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung der Schiffe im gegenseitigen Seeverkehr und gewährt Inländergleichbehandlung für die Benutzung der Häfen. Es regelt die Behandlung von Schiffsverkehrsunternehmen, Schiff, Kapitän, Besatzung, Fahrgästen und Gütern im jeweils anderen Vertragsstaat und enthält Bestimmungen über den Transfer von Frachteinnahmen. Desweiteren regelt es technische Fragen des Seeverkehrs zwischen beiden Ländern. Im Rahmen von Konsultationen sollen die Durchführung des Abkommens überwacht und regelmäßig Fragen des zweiseitigen Seeverkehrs sowie allgemeine Fragen der internationalen Schifffahrt behandelt werden.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas ist mit einem Anwachsen der Warenströme verbunden. Dem Seeverkehr wird in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung beigemessen. Langfristiges Ziel ist die Intensivierung der Seeverkehrsbeziehungen. Auch das Abkommen mit Kuba wird sich in diesem Sinne positiv auswirken.

B. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 definiert die im Abkommen mehrfach verwandten Begriffe „Zuständige Seeschifffahrtsbehörde“, „Schiffe einer Vertragspartei“, „Seeschifffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ und „Besatzungsmitglied“.

Zu Artikel 2

Artikel 2 Abs. 1 verpflichtet die Vertragsparteien, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern und sich jeglicher Handlungen, die ihrer normalen Entwicklung abträglich sind, zu enthalten.

Absatz 2 räumt den Schiffen beider Seiten das Recht auf Teilnahme am gegenseitigen Seeverkehr und am Seeverkehr nach Drittstaaten (Cross-Trade) ein.

Absatz 3 berechtigt Seeschifffahrtsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaates, sich an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren zu beteiligen. Dabei erhalten Schiffe, die von Seeschifffahrtsunternehmen der Vertragsparteien gechartert sind, dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Zu Artikel 3

Artikel 3 Abs. 1 stellt klar, daß das Abkommen Rechte und Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften nicht berührt. Dies gilt insbesondere für Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Absatz 2 verdeutlicht die Entschlossenheit beider Vertragsparteien, die einschlägigen internationalen Über-

einkünfte über Schiffsicherheit, über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Zu Artikel 4

Artikel 4 verpflichtet die Vertragsparteien, im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art zu unterlassen, die die Seeschifffahrtsinteressen der anderen Vertragspartei benachteiligen oder die freie Auswahl der Seeschifffahrtsunternehmen entgegen dem Grundsatz des freien Wettbewerbs beeinträchtigen.

Zu Artikel 5

Artikel 5 Abs. 1 räumt den Schiffen die Inländergleichbehandlung in den Häfen und Hoheitsgewässern der jeweils anderen Vertragspartei ein.

Absatz 2 dehnt das Prinzip der Gegenseitigkeit auf das Recht der Seeschifffahrtsunternehmen, im Hoheitsgebiet des Vertragspartners Agenturtätigkeiten auszuüben, aus.

Zu Artikel 6

Artikel 6 räumt das Recht zur freien Verwendung und zum freien Transfer der im Gebiet der anderen Vertragspartei erzielten Frachteinnahmen ein.

Zu Artikel 7

Artikel 7 zählt die Ausnahmen auf, die vom Regelungsbereich des Abkommens ausgeschlossen sind.

Zu Artikel 8

Absatz 1 regelt, daß die Schiffe einer Vertragspartei sowie deren Besatzungsmitglieder und Fahrgäste während ihres Aufenthalts in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren einschlägigen Gesetze und Bestimmungen einzuhalten haben. Dies gilt auch für die Ladung und für das Ein- und Auslaufen in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung der Schiffe.

Absatz 2 verdeutlicht, daß Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern einzuhalten haben.

Zu Artikel 9

Artikel 9 beinhaltet die Verpflichtung der Vertragsparteien, Verzögerungen bei den Liegezeiten und in der Abfertigung zu vermeiden, um so die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern.

Zu Artikel 10

Artikel 10 regelt die gegenseitige Anerkennung der Schiffs-papiere sowie des Schiffsmeßbriefes. Bei Vorliegen des amtlich ausgestellten Meßbriefs sind die Schiffe von der Nachvermessung im Partnerstaat befreit.

Zu Artikel 11

Artikel 11 Abs. 1 regelt die gegenseitige Anerkennung der Reisedokumente und gesteht den Seeleuten der Vertragsparteien, die im Besitz eines ordnungsgemäß ausgestellten Reisedokumentes sind, die in Artikel 12 aufgeführten Rechte zu.

Absatz 2 definiert den Begriff Reisedokument.

Absatz 3 regelt, daß für Besatzungsmitglieder aus Drittländern als Reisedokument die von den zuständigen Behörden der Drittländer ausgestellten Dokumente gelten. Sie müssen den jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften der Vertragsparteien für die Anerkennung als Paß oder Paßersatzpapier genügen.

Absatz 4 verpflichtet die Vertragsparteien zur formlosen Rückübernahme von Personen, die mit einem von ihnen ausgestellten Ausweispapier im Sinne des Artikels 11 Abs. 1 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind.

Absatz 5 regelt die Anerkennung von Reisedokumenten nach Inkrafttreten dieses Abkommens.

Zu Artikel 12

Artikel 12 Abs. 1 und 2 regelt die Bedingungen im Hafenstaat für den Landgang, den Schiffwechsel und für die Heimreise der Besatzungsmitglieder.

Absatz 3 bestimmt, daß die nach Absatz 2 erforderliche Aufenthaltsgenehmigung in möglichst kurzer Zeit zu erteilen ist.

Absatz 4 räumt erkrankten Besatzungsmitgliedern die Möglichkeit des Krankenhausaufenthaltes im Hafenstaat ein.

Nach Absatz 5 behalten sich die Vertragsparteien das Recht vor, unerwünschten Personen die Einreise zu verwehren.

Nach Absatz 6 sind die Bediensteten der Diplomatischen Mission und der Konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei berechtigt, miteinander Kontakt aufzunehmen.

Absatz 7 stellt klar, daß vorbehaltlich der Bestimmungen in den Absätzen 1 bis 6 die Regelungen des Ausländerrechts unberührt bleiben.

Zu Artikel 13

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien zur Hilfe, wenn Schiffe der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in Seenot oder andere Gefahren geraten. Ferner enthält er Bestimmungen über die fiskalische Behandlung der in Notfällen ausgeladenen Güter.

Zu Artikel 14

Absatz 1 bestimmt, daß die wirksame Anwendung des Abkommens bei den Seeschiffsbehörden liegt.

In Absatz 2 wird der von den Seeschiffsbehörden zu behandelnde Themenkreis umrissen.

Absatz 3 regelt die Modalitäten für das Zusammentreten der Seeschiffsbehörden.

Absatz 4 verpflichtet die Vertragsparteien zur Nichtdiskriminierung der Schiffe und Schiffsverkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei.

Zu Artikel 15

In Artikel 15 werden die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder durch die Vertragsparteien aufgefordert, alle möglichen fachlichen Beziehungen zu suchen und zu entwickeln.

Zu Artikel 16

Artikel 16 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens.

Zu Artikel 17

Artikel 17 legt die Gültigkeit des Abkommens auf 5 Jahre fest. Danach stillschweigende Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr.

Zu Artikel 18

Artikel 18 sieht die Möglichkeit der schriftlichen Kündigung des Abkommens und das darauf folgende Außerkrafttreten vor.

